

Pressespiegel vom 24.01.2012

Dresdner Neueste Nachrichten

Staatsanwaltschaft Dresden will Immunität der sächsischen Politikerin Lay aufheben

Dieter Wonka

Leipzig. Die politische Immunität der sächsischen Bundestagsabgeordneten Caren Lay (Linke) soll aufgehoben werden. Wie die "Leipziger Volkszeitung" (Dienstag-Ausgabe) berichtet, hat die Staatsanwaltschaft in Dresden einen entsprechenden Antrag gestellt. Grund für den Antrag ist, dass Lay im Februar 2011 aktiv die Auflösung einer genehmigten Versammlung von Neonazis in Dresden betrieben habe, so die Staatsanwaltschaft.

Die ostsächsische Bundestagsabgeordnete, die auch Bundesgeschäftsführerin der Linken ist, forderte den Immunitätsausschuss des Bundestages auf, den Antrag der Staatsanwaltschaft abzulehnen. „Angesichts der aktuellen Diskussion zum politischen Versagen bei der Bekämpfung der rechten Terrorzelle halte ich es für ein fatales Signal, wenn die Staatsanwaltschaft diejenigen verfolgt, die Widerstand gegen Neonazis leisten.“ Sie hoffe „auf die Solidarität der Demokraten“, so Caren Lay.

Das Schreiben der Staatsanwaltschaft ging am 19. Januar bei Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) ein.

© DNN-Online, 23.01.2012, 17:26 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail/-/specific/Staatsanwaltschaft-will-Immunitaet-der-saechsischen-Bundestagsabgeordneten-Lay-aufheben-912724211>

Radio PSR

Dresden: Ermittlungen gegen Links-Politiker Neubert

24.01.2012, 12:24 Uhr

Die Anti-Nazi-Proteste haben für einen weiteren Abgeordneten der sächsischen Linken Folgen. Die Dresdner Staatsanwaltschaft leitete ein Verfahren gegen Falk Neubert ein - und zwar wegen Sprengung einer Versammlung. Neubert ist der zweite Linke-Politiker in Sachsen, dem im Zusammenhang mit Blockaden juristischer Ärger droht. Letzte Woche hatte der Fraktionschef der Linken im Landtag, Andre Hahn, bereits einen Strafbefehl wegen angeblicher Störung von Aufzügen im Jahr 2010 erhalten.

http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2716035/Dresden_Ermittlungen_gegen_Links_Politiker_Neubert.html

Mitteldeutscher Rundfunk

Wegen Blockade von Neonazi-Demo: Linken-Bundestagsabgeordnete Lay soll Immunität verlieren

Die sächsische Linken-Bundestagsabgeordnete und Bundesgeschäftsführerin der Partei, Caren Lay, soll nach dem Willen der Dresdner Staatsanwaltschaft ihre parlamentarische Immunität verlieren. Wie die "Leipziger Volkszeitung" (LVZ) berichtet, hat die Ermittlungsbehörde am 19. Januar bei Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) einen entsprechenden Antrag gestellt. Die Staatsanwaltschaft habe diesen damit begründet, dass Lay im Februar 2011 aktiv die Blockade einer genehmigten Versammlung von Neonazis in Dresden betrieben habe.

Lay fordert Immunitätsausschuss auf, Antrag abzulehnen

Eine Entscheidung über die Aberkennung der Immunität wird im Immunitätsausschuss des Bundestages getroffen. Lay forderte laut LVZ die Mitglieder des Gremiums auf, den Antrag der Staatsanwaltschaft abzulehnen. "Angesichts der aktuellen Diskussion zum politischen Versagen bei der Bekämpfung der rechten Zwickauer Terrorzelle halte ich es für ein fatales Signal, wenn die Staatsanwaltschaft diejenigen verfolgt, die Widerstand gegen Neonazis leisten", sagte die Linken-Politikerin der Zeitung.

Die Parlamentsgeschäftsführerin der Linkspartei im Bundestag, Dagmar Enkelmann, erklärte in Berlin, es sei "ein Unding, dass die sächsischen Behörden alles versuchen, um Neonazis den Weg freizumachen". Der Bundestag dürfe eine Strafverfolgung Lays nicht zulassen. Enkelmann verwies auf den einstimmigen Beschluss des Parlaments "zu handeln - überall dort, wo Rechtsextremisten versuchen, gesellschaftlichen Boden zu gewinnen". Die Parlamentarier hatten den Beschluss im November unter dem Eindruck der Ermittlungsspannen bei der Aufklärung der von Neonazis über Jahre verübten Morde an Migranten und einer Polizistin gefasst.

Mehrere Linken-Politiker verloren bereits Immunität

Im Zuge der Ermittlungen gegen Blockierer von Neonazi-Aufzügen in Dresden in den Jahren 2010 und 2011 sind mehrere Linken-Politiker in das Visier der Staatsanwaltschaft geraten. So hatte der Hauptausschuss des Hessischen Landtages am 18. Januar entschieden, die Immunität der Linken-Fraktionschefs Willi van Oyen und Janine Wissler aufzuheben. Im Oktober 2011 hatte der Sächsische Landtag die Immunität von Linken-Fraktionschef André Hahn aufgehoben. Dieser erhielt inzwischen einen Strafbefehl des Dresdner Amtsgerichtes über 3.000 Euro. Der Linken-Politiker legte Widerspruch ein und will es zum Prozess kommen lassen. Ebenfalls im Oktober 2011 hatte der Justizausschuss des Thüringer Landtages die Immunität des dortigen Linken-Fraktionschef, Bodo Ramelow, aufgehoben. Die Anträge hatte in allen Fällen die Dresdner Staatsanwaltschaft gestellt.

Zuletzt aktualisiert: 23. Januar 2012, 21:22 Uhr

<http://www.mdr.de/sachsen/ermittlungen-gegen-linken-abgeordnete100.html>
